



PL

→ INA

Dringlicher Antrag

Fraktion der AfD

Hessens Regierung muss bei Sicherheitspolitik nachlegen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag unterstreicht, dass Sicherheit eines der zentralen Grundbedürfnisse der Menschen ist. Ob sich Menschen sicher fühlen, ist in hohem Maße vom Vertrauen der Menschen in den Staat und seine Institutionen abhängig. Hier insbesondere von den für die Gefahrenabwehr und Strafverfolgung zuständigen Sicherheitsbehörden.
2. Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass die Kriminalstatistik im Jahr 2021 mit insgesamt 336.030 Fällen 6.393 Straftaten weniger ausweist als im Vorjahr. Die Kriminalitätsbelastung ist damit gegenüber dem Vorjahr um 106 Straftaten auf 5.340 Straftaten pro 100.000 Einwohner gesunken. Die Aufklärungsquote hat mit 65,6 Prozent einen neuen Höchststand erreicht. Rein statistisch stellen diese Zahlen einen Rückgang des Kriminalitätsaufkommens und eine verbesserte Polizeiarbeit dar.
3. Dem Landtag ist bewusst, dass die Kriminalitätsstatistik eine Hellfeldstatistik ist und entsprechend keine Aussage über das tatsächliche Kriminalitätsaufkommen macht. Entsprechend auch keine belastbaren Aussagen zur tatsächlichen Sicherheitslage im Land möglich sind. Auch Annahmen zur Wahrscheinlichkeit Opfer einer Straftat zu werden, lassen sich seriös aus den Zahlen der Statistik nicht ableiten.
4. Der Landtag fordert deshalb die Landesregierung auf, eine Dunkelfeldstudie zur Feststellung der tatsächlich bestehenden Kriminalitätslage in Hessen in Auftrag zu geben, um eine möglichst realistische Einschätzung der Sicherheitslage, sowie des Gefahrenpotenzials Opfer von Kriminalität zu werden, vornehmen zu können. In diesem Kontext soll auch der mögliche Einfluss von Corona und der Corona-Maßnahmen auf die Kriminalstatistik thematisiert werden.
5. Der Landtag würdigt die bisherigen Investitionen bei der Polizei zur Stärkung der Sicherheit in Hessen.
6. Der Landtag stellt fest, dass weitere Investitionen bei der Polizei - insbesondere im Bereich des Personal - notwendig sind, um die Leistungsfähigkeit und damit die Sicherheit in Hessen nicht nur zu gewährleisten, sondern auch zu verbessern. Dazu benötigt die Polizei geeignete Bewerber. Diese werden nur gewonnen, wenn die Rahmenbedingungen entsprechend attraktiv sind. Stellenanhebungen, vor allem in den unteren Besoldungsgruppen, ruhegehaltstfähige Polizeizulagen und freie Heilfürsorge für Einsatz- und Schichtdienstbeamte stellen solche Rahmenbedingungen dar.
7. Der Landtag nimmt besorgt zur Kenntnis, dass die Zahl von Betrugs- und Bedrohungsdelikten in der Anonymität des Internets zunimmt. Besonders die Bedrohungsdelikte sind geeignet

das Sicherheitsgefühl und damit das Vertrauen in die staatlichen Institutionen zu beeinträchtigen. Der Landtag stellt sich deshalb allen Einschüchterungsversuchen gegen Personen entschieden entgegen, die aufgrund ihres Rechts auf freie Meinungsäußerung, ihren Ansichten oder ihrer Tätigkeit diskreditiert oder mit körperlichen Angriffen bedroht werden. Dies gilt aufgrund der exponierten Stellung insbesondere für Amts- und Mandatsträger, wie auch für Personen des öffentlichen Lebens. Der Kampf gegen jede Form des Extremismus hat hierbei einen hohen Stellenwert.

8. Der Landtag ist gleichfalls besorgt darüber, dass vermehrt Polizisten, aber auch Feuerwehr- und Rettungskräfte beleidigt, bedroht, angegriffen und Opfer von Gewalttaten werden. Er spricht sich in diesem Zusammenhang für eine konsequente Bestrafung der Täter und eine angemessene Unterstützung der Opfer aus. Allen Betroffenen, die im Dienst verletzt wurden, sowie ihren Angehörigen, versichert der Landtag sein Mitgefühl und verurteilt diese Angriffe mit aller Entschiedenheit.
9. Über den Mord an den zwei Polizisten aus Rheinland-Pfalz ist der Landtag zutiefst erschüttert. Im Bewusstsein darüber, dass Gefahren und Risiken in diesem Beruf nie gänzlich eliminiert werden können, stellt er eine bleibende Mahnung für alle Verantwortlichen in Polizei und Politik dar, diese Gefahren und Risiken – durch das menschlich Machbare – so klein wie möglich zu halten.
10. Der Landtag weiß um die Zusatzbelastungen die sich Corona bedingt aus der Unterstützung der Gesundheits- und Ordnungsämter ergeben. Insbesondere die sogenannten Montagsspaziergänge seien hier genannt. Er bittet alle eingesetzten Kräfte, insbesondere bei den Montagsspaziergängen, besonnen zu handeln und zwischen friedlich Protestierenden und Störern zu differenzieren.
11. Der Landtag ist dankbar für die geleistete Arbeit und den engagierten Einsatz aller Polizeibeamten in Hessen. Er bedankt sich besonders bei allen Polizeibediensteten, die täglich derzeit unter anspruchsvollen und schwierigen Corona-Bedingungen ihren Dienst verrichten und auch immer wieder, nicht nur bei gefährlichen Einsätzen, an ihre Belastungsgrenzen gehen müssen.

Begründung:

erfolgt mündlich

Wiesbaden, den 21.02.2022



Für die Fraktion der AfD
Der Parlamentarische Geschäftsführer
Dr. Frank Grobe